



Flüchtlinge in Turnhallen: Austritte aus Vereinen

Minister Jäger sagt nicht, wann Sportstätten wieder verfügbar sind

Gütersloh (WB/dpa). Weil Sporthallen seit Monaten als Notaufnahmen für Flüchtlinge benutzt werden, verlieren Sportvereine hunderte von Mitgliedern.

Gestern teilten die Gütersloher Vereine SV Spexard und der TuS Friedrichsdorf mit, dass wegen der belegten Hallen insgesamt 300 Mitglieder ausgetreten seien.

Etwa 400 Sporthallen der landesweit 7000 stellen die Städte und Gemeinden derzeit in NRW für die Aufnahme von Flüchtlingen zur Verfügung. 73 Hallen will das Land Nordrhein-Westfalen bis Ende Februar räumen. »Das bedeutet aber nicht, dass sie wieder für den Schulsport frei sind«, sagte gestern NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD). Möglicherweise werde die eine oder andere Halle von der Kommune weiter als Notunterkunft genutzt, wenn das Land sich zurückziehe. Eine Prognose, wann alle Hallen wieder für den Sport zur Verfügung stehen, wagte Jäger nicht.

Gestern machte die Bezirksregierung Detmold der Stadt Bielefeld deutlich, dass sie für einen Sportunterricht gemäß Lehrplan sorgen müsse. In Bielefeld fallen im Verhältnis zu anderen Kommunen in OWL deutlich mehr Sportstunden aus.

Von den in diesem Jahr mehr als eine Million Flüchtlingen in Deutschland hat NRW laut Innenminister Jäger 310 000 aufgenommen. Weil das mehr waren, als NRW im Verbund der Bundesländer aufnehmen musste, wurden den NRW-Kommunen am Ende nur 230 000 Flüchtlinge zugewiesen, die übrigen wurden in andere Bundesländer geschickt.

Kurz vor Weihnachten habe sich die Flüchtlingssituation in NRW vorübergehend entspannt, sagte Jäger und sprach von einem Puffer von bis zu 30 000 nicht belegten Plätzen. Er gehe aber weiterhin nicht von einer Trendwende aus, sondern von wieder ansteigenden Zahlen im nächsten Jahr, wenn das Wetter besser werde und Flüchtlinge wieder über das Mittelmeer kämen.

Kritik an Jägers Kurs übte André Kuper aus Rietberg (Kreis Gütersloh), CDU-Fraktionsvize im NRW-Landtag. »Die Ankündigung, künftig auf aktuell 264 Notunterkünfte der Kommunen verzichten zu wollen, ist ein vergiftetes Geschenk für die Kommunen, wenn die Flüchtlinge gleichzeitig noch schneller auf die Städte und Gemeinden verteilt werden sollen«, sagte Kuper.
Seite 6: Hintergrund

Lokalteil